

*** inhaltliche Ergänzungsvorschläge und Anmerkungen- Jule Nagel (linXXnet Leipzig) & Julia Bonk (MdL, Dresden) - rote hervorgehobene Markierung zum am 21.3.09 vorliegenden Diskussionspapier**

Anders leben, anders arbeiten, anders kämpfen Für eine emanzipatorische Linke

I. Wenn es nicht ginge, wären wir nicht unglücklich

1. [Potenziale] Wir leben in einer Welt, in der vieles im Argen liegt – und die gleichzeitig voll neuer, aufregender Möglichkeiten ist. Technologische Entwicklung, Bewegungserfahrungen, kritisches Wissen, vergangene soziale Kämpfe und sich entwickelnde soziale Praxen sind die Grundlage für eine globale Gesellschaft, in der nicht nur Not und Elend abgeschafft sein könnten, sondern auch die Individuen in geschichtlich ungekannter Weise ihr Leben frei gestalten, ihre Produktivität gemeinsam organisieren und ihre Alltags- und Gesellschaftsverhältnisse einzeln und kollektiv gestalten könnten. All dies ist möglich, aber nicht verwirklicht. Diesen Widerspruch erleben wir als Unglück, Langeweile, Frustration und Wut. Wir sind gezwungen, unser Leben in einer Weise zu organisieren, die uns unfrei und abhängig macht und zu den Strukturen beiträgt, die uns von den Möglichen eines besseren Lebens fernhalten. Aus dieser Entfremdung kommen wir nur heraus, indem wir uns organisieren.

2. [Gegenkräfte] Eine freie und solidarische Entfaltung unserer individuellen und gesellschaftlichen Potenziale wird durch Gegenkräfte und Herrschaftsinteressen verhindert. Die produktiven Ressourcen und der gesellschaftliche Reichtum sind uns durch die kapitalistische Privatisierung der Produktionsmittel entzogen und richten sich gegen uns. Die sozialen Ressourcen werden unterdrückt durch den bürgerlich-autoritären Staat, der mit Ausschluss und Repression gegen Aneignung und Selbstgestaltung vorgeht. Ausbeutung, repressive Normsetzung und gegenseitige Instrumentalisierung bestimmen unser Leben in Alltag und Sozialräumen. Hierarchisch-konservative Strukturen, Leitwolf- und Chefgehebe, männliche Sozialblindheit blockieren die Formen der kollektiven Organisierung. Dabei wirken benennbare Gegner, wie die internationalen und nationalen Organisationen des Kapitals, zusammen mit Widerständen, die sowohl gesellschaftlich wie an uns selbst überwunden werden müssen: Komplizenschaft, Unterwerfung, Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen, Konkurrenz, Unwissen, Feigheit.

3. [mission statement] Als demokratische SozialistInnen treten wir dafür ein, diese Gegenkräfte zu überwinden und diese Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen. Als emanzipatorische Linke treten wir dafür ein, dass wir in unseren Zielen, in unserer sozialen und politischen Praxis und in unseren Organisationen nicht hinter das zurückfallen, was von fortschrittlichen Bewegungen als möglich erkannt ist und in widerständigen Alltagspraxen bereits gelebt wird. Wir sind keine Konservativen. In unseren Forderungen und in unserem Handeln wollen wir nicht zurück, sondern die demokratischen und sozialistischen Möglichkeiten realisieren, die in der Zeit angelegt sind. [F&S]

4. [Subjektiver Faktor] Die Agenda der Befreiung lässt sich nicht aus Büchern entnehmen, auch nicht aus blauen. Sie entsteht als lebendige Produktion in den sozialen Kämpfen und Emanzipationsbewegungen. Sie wird produziert von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, den widerständigen Praxen des Feminismus und einer „anderen Arbeiterbewegung“, globalisierungskritischen, normierungskritischen und anti-autoritären Bewegungen, antirassistischen und antikolonialen Kämpfen, der sozialen Bewegung der

Migration, den vielfältigen Formen der kulturellen und individuellen Befreiung. Demokratischer Sozialismus ist daher ein offener Sozialismus, der selbst angeeignet und geformt werden muss von der Vielfalt der Menschen und der Vielfalt der Kämpfe. Eine sozialistische Partei ist für uns einer von vielen Akteuren der Befreiung, aber ein wichtiger, weil er die Vielzahl der Gegenbewegungen mit dem gemeinsamen Ziel einer Überwindung des Kapitalismus verbindet und weil er an der Schnittstelle von gesellschaftlicher Organisierung und institutioneller Gegenmacht arbeitet. [F&S]

II. Das Leben ändert sich – wir ändern das Leben

5. [Globalisierung/Individualisierung] Die gesellschaftliche und produktive Entwicklung verbindet Menschen weltweit in einer neuen Form als Individuen miteinander. Mit und gegen die neoliberale Globalisierung und Formierung von oben entwickelt sich eine Globalisierung und Aneignung von unten. Alte Milieus brechen auf, Lebensentwürfe werden vielfältiger. Die produktive und gesellschaftliche Tätigkeit der Individuen wird unabhängiger von den vorgegebenen Vermittlungsformen. Menschen kämpfen darum, ihre Familie, ihre Arbeit, ihren Lebensraum, ihre sozialen Organisationsformen selbst zu wählen und zu bestimmen. [F&S, JB]

6. [Grundsicherung/Grundeinkommen] Die Bindung der sozialen Existenzsicherung und der sozialen Rechte an die klassische männliche Erwerbsbiografie ist dadurch obsolet geworden. Dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend fordern wir eine konsequente Individualisierung sozialer Rechte. Soziale Sicherheit muss und kann hergestellt werden durch eine individuelle Grundsicherung, die allen ein existenz- und teilhabesicherndes Einkommen verschafft, und durch ein Grundeinkommen, das alle direkt am gesellschaftlich geschaffenen Mehrwert beteiligt. Die Globalisierung des Lebens und der Produktion muss ihre Absicherung in offenen Grenzen und globalen sozialen Rechten finden, die von den Nationalstaaten anerkannt und gewährleistet werden und deren materielle Voraussetzungen durch die globale Produktion finanziert werden. [F&S, JB, KUD]

7. [Neue soziale Idee] **Das Soziale ist immer weniger selbstverständlich, das ist die negative Seite der Individualisierung. Die Wiederherstellung von Traditionsgemeinschaften ist nicht möglich und nicht wünschenswert, das wäre Traumtänzerie. Die Chancen der Individualisierung in einen Zustand freier und glücklicher Zusammenschlüsse der Menschen zu überführen ist die Aufgabe, die geleistet und ermöglicht werden muss.** Der Kapitalismus selbst reißt die Verhältnisse ein. Die Naturalisierung des Sozialen zerfällt. Das Soziale muss heute in neuer Weise bewusst hergestellt werden. Dies geschieht durch die Individuen selbst. Sie brauchen dafür Freiräume, soziale Sicherheit, öffentliche Unterstützung durch soziale Infrastruktur und Schutz vor Diskriminierung, Unterdrückung, Repression und Gewalt. Die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensweisen muss aktiv durch politische und materielle Absicherung realisiert werden. Die Vielfalt unterschiedlicher Normalitätsräume, die von den Individuen selbst geschaffen werden, muss anerkannt werden, ebenso wie die Freiheit der Individuen abgesichert werden muss, diese Normalitätsräume zu wechseln, zu verlassen und zu verändern. [JB]

8. [Emanzipation und soziale Reform] Diese Neuerfindung des Sozialen, die „neue soziale Idee“, erfordert tiefgehende soziale Reformen. Soziale Kämpfe und Emanzipationsbewegungen haben die Definitionsmacht aufgebrochen, wie Leben gestaltet zu sein hat. Die Individuen, die das in Anspruch nehmen, treffen dabei nach wie vor auf massiven Widerstand von Staat und Kapital oder bezahlen einen hohen persönlichen Preis. Formale Gleichstellung ohne Abschaffung der normativen Dominanz, formale Wahlfreiheit ohne materielle Absicherung und Vereinbarkeit schiebt dem Individuum die Schuld für unerfüllte Ansprüche zu, lässt Befreiung und Teilhabe nur um den Preis von Selbstausbeutung, Überlastung und scheinbarem umfassenden persönlichen Ungenügen zu. Diese neoliberale Integration von Forderungen und Potenzialen der Emanzipationsbewegungen hat diese in eine Krise geführt, aus der

nur der gemeinsame Einsatz für eine demokratische und sozialistische Umgestaltung herausführt. Die Gesellschaft muss endlich materiell nachholen, was Bewegungen und Individuen vorgemacht haben.

9. [Information] Die Privatisierung von Ressourcen, Produktionsmitteln und gesellschaftlichen Entscheidungen hat unvorstellbare Ausmaße erreicht. Nicht nur Produktionsanlagen und natürliche Ressourcen, sondern auch Information, Wissen, Kommunikation, biologische Strukturen, öffentliche Räume, kulturelles Erbe, Bilder, Texte, Programme, Gene werden heute zum Privateigentum erklärt. Diese unglaubliche Blockade der gesellschaftlichen und produktiven Entwicklung in Form einer räuberischen ursprünglichen Akkumulation muss fallen. Wir fordern den freien, kostenlosen, gesellschaftlich gestützten Zugang aller Menschen zu Information und kollektivem Wissen und das Recht aller, sich diese kollektiven Ressourcen frei anzueignen und sie zu nutzen. Neben das Recht auf Essen und Wohnen muss das Recht auf PC und Internetzugang treten, neben das Recht auf Arbeit tritt das Recht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeit, neben das Recht auf individuelles Einkommen tritt das Recht auf kollektiven Wohlstand durch gemeinschaftliche Aneignung von öffentlich zu machenden Ressourcen.

10. [Für Piraterie] Die durch die Digitalisierung fortschreitende Entkopplung von Produkten von ihrem ursprünglichen Gegenstand beinhaltet die Möglichkeit, sie der herkömmlichen Verwertung zu entziehen. Damit wird ihr Warencharakter potentiell aufgehoben weil sie mit minimalem Energieaufwand frei kopierbar sind. Der Computer ist damit als Vervielfältiger von Informationen die Vorstufe zu einem physischen Replikator. Darum liegt in den Freie-Software- und File Sharing-Bewegungen der Ansatz zum Umbruch in Bezug auf geistiges Eigentum. Die kapitalistischen Verwerter in der Kette werden weiterhin versuchen, die Verbreitungswege in ihre ökonomische Logik einzubeziehen. Weil hier eine Möglichkeit zur Systemübertretung liegt, ist die Strafandrohung so hoch. Es wird darauf ankommen, inwieweit das Internet frei bleiben kann. Allen Menschen Informationen und geistiges Eigentum zugänglich zu machen und diese Chancen aus einer kleinen Öffentlichkeit in eine breite zu überführen, ist unser Ziel. Anerkennung und Vergütung zum Beispiel von KünstlerInnen und anderen ProduzentInnen muss vor diesem Hintergrund völlig neu gesellschaftlich organisiert werden.

11. [Entgrenzung] Soziale Brüche und die zunehmende Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen forcieren das in der kapitalistischen Logik angelegte Prinzip der Konkurrenz und damit Ausgrenzung und Abwertung von Menschen. Menschen, die die Klammer der erfundenen abstammungsdefinierten nationalen Identität nicht fasst, Menschen, die die zwanghafte Verwertungsmühle verlassen (müssen). Ganz im Sinne des neoliberalen Zeitgeistes werden Ursachen für Unsicherheit allerdings subjektiviert. Der Faulenzer, Schmarotzer und Abzocker wird in diesem Fahrtwasser zum gezielten Objekt gesellschaftlicher Repression und Kontrolle. Geht der Ausschluss aus dem Kollektiv für die einen erste mit dem sozialen Ausschluss einher, sind Nicht-(Abstammungs-)Deutsche von vornherein außen vor. Nur die Verwertbarkeit macht sie zu Mitgliedern des nationalen Kollektiv deutscher oder europäischer Identität.

Der gesellschaftliche Emanzipationsprozess, den wir mit vorantreiben, reißt materielle wie immaterielle Grenzen ein. Das Staatsbürgerschaftsrecht gehört vom Kopf auf die Füße gestellt - Menschenwürde kennt keine Demarkationslinien. Die Auflösung der Grenzen im Kopf bildet ein dialektisches Verhältnis mit dem Einreißen der materiellen Grenzen.

Die Arbeit ändert sich – wir ändern die Arbeit

10. [Produktivkraftentwicklung] Die Entwicklung der Produktivkräfte und die produktive Tätigkeit der Menschen hat zu einem tiefgreifenden Umbruch der Arbeit geführt. Die physische Komponente der Arbeit und die zentrale Arbeitsorganisation treten zurück gegenüber den kognitiven und sozialen Komponenten, der Organisation in Netzwerken und Teams, der Selbstorganisation und persönlichen Initiative. Die Arbeit wächst über die Fabrik hinaus, Arbeit und Leben sind weniger deutlich zu trennen. Bestimmte Produktionsmittel werden real vergesellschaftet oder befinden sich dezentral in der Verfügung der Produzenten. Wir alle sind mit einem immer größeren Anteil unserer Lebenszeit unmittelbar produktiv, indem wir außerhalb der Erwerbsarbeit produzieren, lernen, kommunizieren, organisieren, entwickeln. [F&S, JB]

11. [Kapital und Arbeit] Die Privatisierung der Produktionsmittel ist ein fatales Hemmnis der produktiven Entwicklung, ebenso wie das zentrale Kommando über die Arbeit und die bürgerliche Demokratie mit ihrer Ausblendung der Produktionsverhältnisse und ihrer Naturalisierung ökonomischer Prozesse. Wir erleben dies in der Irrationalität der gesellschaftlichen Entscheidung über die Produktionsentwicklung. Wir erleben es konkret dort, wo wir arbeiten oder versuchen, zu arbeiten. Der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der privaten Verfügung im Interesse der besitzenden Klasse wird ausgetragen auf dem Rücken derer, die die gesellschaftliche Arbeit tun. Sie werden frustriert und verbraucht, ohnmächtig gemacht und ausgebeutet, gespalten. Die einen leiden unter Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung, fehlender Lebenszeit, der Unmöglichkeit unter den autoritären Strukturen gute Arbeit zu leisten. Die anderen leiden unter Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Diffamierung, der Unmöglichkeit ohne Ressourcenzugang produktiv zu gestalten. Und immer mehr leiden unter beidem gleichzeitig. [F&S]

12. [Forderungen] Die Veränderung der Arbeit erfordert soziale, demokratische und sozialistische Antworten. Zu den sozialen Antworten gehört alles, was die Individuen davor schützt, persönlich für den Widerspruch zwischen Produktivitätsentwicklung und Kapitalinteressen zu bezahlen: Grundsicherung, radikale Arbeitszeitverkürzung, Absicherung gegen persönliche Risiken, globale soziale und Arbeitsrechte, Recht auf Arbeit und Einkommen zu selbst gewählten Bedingungen. Zu den demokratischen Antworten gehört die Freiheit von Information und Zugang, open source, die Rekommunalisierung und Verstaatlichung von zentralen Ressourcen und Strukturen, das Primat der Politik über grundlegende ökonomische Entscheidungen. Zu den sozialistischen Antworten gehört die Überführung der Produktionsmittel in die gemeinschaftliche Verfügung und Organisation derer, die mit ihnen arbeiten, unter gleichberechtigter Einbeziehung derer, die von den produktiven Entscheidungen betroffen sind. [PF03]

13. [Neoliberale Produktion] In der Geschichte des Kapitalismus musste jede begrenzte Rationalität der produktiven Entwicklung diesem von außen aufgezwungen werden – durch Gewerkschaften und betriebliche Gegenmacht, durch soziale und politische Bewegungen, durch widerständige Praxis der Arbeitenden, durch gesellschaftliche Rahmensetzungen. Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals seit Mitte der 70er Jahre und verstärkt seit den 90er Jahren hat entsprechend zu einer extrem irrationalen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion geführt, in der Profite immer stärker auf Kosten der Beschäftigten, der Bevölkerung, der produktiven Substanz, der Innovation und der natürlichen Lebensbedingungen erzielt wurden. Der Ausstieg aus der fossilistischen, ressourcenschweren, transport- und energieintensiven Produktionsweise wurde in unverantwortlicher Weise verzögert, ja diese in unerhörter Weise beschleunigt. [F&S]

14. [Ökologie] Der Umstieg auf eine solare, ressourcenleichte, transport- und energiearme Produktionsweise steht unter hohem Zeitdruck, wenn Klimakatastrophe und ökologische Degradierung noch begrenzt werden sollen. Die Vorstellungen eines New Green Deal sind dafür in keiner Weise

ausreichend. Verstaatlichung der Energie-, Transport-, Finanz- und Versorgungssysteme, gesellschaftliche Wirtschaftspläne und staatliche Beteiligung in Schlüsselindustrien, internationale Kooperation unter aktiver Beteiligung der globalen sozialen Bewegungen und der Sozialforen, radikale Mitbestimmung und weitgehende gesellschaftliche Eingriffe in die konkreten Produktionsentscheidungen sind nötig, um dieses Umsteuern zu beginnen. Anstatt die Profite einer irrationalen Produktionsentwicklung zu sichern, muss der Reichtum enteignet werden, der mit dieser Entwicklung erzielt wurde, um die erheblichen Anstrengungen zu finanzieren, die für den Umstieg nötig sind. [GK]

15. [Vergesellschaftung] Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet mehr und anderes als Verstaatlichung. Nicht nur die Zuweisung des Eigentums, auch sein Charakter muss geändert werden, durch gesellschaftliche Regelungen, die an Stelle des Verwertungsziels gesellschaftlich nützliche Ziele setzen. Die Erfahrung des Staatssozialismus zeigt, dass Staatseigentum und zentralistische Planung einen autoritär-konservativen Charakter des Eigentums erzeugen, der Verwertung nicht aufhebt, sondern zugunsten der Interessen von Staatsklassen fortsetzt. Vergesellschaftung erfordert radikale Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und die Aneignung der Produktionsentscheidungen durch die Produzenten und durch die Bevölkerung. Der Umstieg in eine neue Produktionsweise erfordert daher auch die Stärkung und Bevorzugung aller Formen der solidarischen Ökonomie. [PF03]

16. [Emanzipatorische Bildung] Der Umbruch der Arbeit erfordert eine radikal andere Bildung. An die Stelle einer verwertungsorientierten Ausbildung, einer Sortierung nach Leistung, von sozialem Ausschluss und Diskriminierung und einer am Vorbild der Industrie geschulten „Bildungsfabrik“ muss eine emanzipatorische Bildung treten. Ihr Leitbild ist die Unterstützung der Selbstbildung, Selbstentfaltung und Aneignung und der Ausgleich von bisherigem Ausschluss. Gegen Akademisierung und die Formalisierung von Bildungsabschlüssen als gesellschaftliche Zugangstickets setzen wir eine emanzipative, radikale (Anti-)Pädagogik und das Recht aller auf lebenslang freien Zugang zu Bildung und Qualifikation. [F&S, JB]

/17./ [Globale Dimensionen] Gesellschaftliche Reproduktion ist nicht national organisiert. Die globale Warenzirkulation, globale Handels- und Finanzbeziehungen, der internationale Forschungs-, Technologie- und auch Arbeitskräftetransfer ist lange schon Voraussetzung für globalen gesellschaftlichen Fortschritt. Diese globalisierten Prozesse tragen gleichsam eine kapitalistische Handschrift. Die Ausbeutung der natürlichen oder humanen Ressourcen des globalen Südens war und ist Grundlage der Prosperität des globalen Nordens, wobei dieses lange Zeit existente schematische Verhältnis längst verwirrt ist. Ausgebeutete sind längst zu Ausbeutern geworden, wachstumschauvinistisch drängen jene auf den Weltmarkt.

In Europa überdeckt nationalistisches Standortgetöse die Realität der wirtschaftlichen Internationalisierung, insbesondere in krisenhaften Zeiten.

Unser Veränderungswille beschränkt sich nicht auf den willkürlich konstruierten nationalen oder kontinentalen Bezugsraum.

Theorie und Praxis emanzipatorischer Transformation sind in vielen Teilen dieser Welt in Gange. Selbstverwaltungs- und Selbstorganisations-Ansätze im betrieblichen Bereich in Lateinamerika oder die Erprobung von Modellen des bedingungslosen Grundeinkommens im Bereich der Entwicklungshilfe in afrikanischen Ländern stehen modellhaft für

Das Kämpfen ändert sich – wir ändern das Kämpfen

17. [Politikverständnis] Linke Politik muss sich nicht nur in ihren Inhalten und Forderungen, sondern auch

in ihrer Form unterscheiden von bürgerlicher Politik und traditionellen Organisationsweisen. Sie kann sich nicht in staatlicher Institutionenpolitik erschöpfen und auf die Mobilisierung vorhandener gesellschaftlicher Mehrheitsmeinungen, sondern zielt auf eine Veränderung der Gesellschaft und auf die Schaffung einer progressiven Hegemonie, die auch bereit ist falsche und repressive Mehrheitsmeinungen herauszufordern. Ihre Aufgaben gehen weder in einem Wahlverein noch in einer Mobilisierungsagentur für politische Großereignisse auf, auch wenn sie um die Bedeutung elektoraler Prozesse und kollektiver Kampffaktionen weiß. Sie befördert die (Selbst-)Organisation von Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, damit diese sich die gesellschaftlichen Entscheidungen gemeinschaftlich aneignen können und direkte Kontrolle über ihre Lebensumstände gewinnen. Sie spitzt zu auf die kollektive Entscheidungssituation in gesellschaftlichen Weichenstellungen, anstatt auf konsensorientierte Prozesse, die vorhandene Machtverhältnisse und Interessensübergewichte reproduzieren. [PF02]

18. [Kritik anti-emanzipatorischer Linkspolitik] Emanzipatorische Politik strebt die Eroberung von Institutionen und Machtpositionen an, um diese Positionen für die Vergesellschaftung von Entscheidungen zu öffnen und individuelle und kollektive Freiräume für eine selbstbestimmte Entwicklung und Kontrolle von Lebensumständen zu schaffen. Emanzipatorische Politik „übernimmt“ nicht den Staat, sie ändert seinen Charakter. Sie grenzt sich ab von einer etatistischen Politik, wo der Staat als Stellvertreter politischer Akteure die Gesellschaft in „richtiger“ Weise ordnen und die „richtigen“ Entscheidungen verordnen soll. Sie grenzt sich auch von Strategien, wo demokratische, sozialistische und emanzipatorische Ansprüche zurückgestellt bzw. aufgegeben werden zugunsten von Unmittelbarkeitszielen oder reiner Machtübernahme – so, wie dies in vielen Fällen nationaler Befreiung geschehen ist, wie es erlebt wurde bei der sozialdemokratischen Anpassung an die Machtstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft, wie es in katastrophaler Weise geschehen ist durch leninistische Organisationen und kommunistische Parteien im 20. Jahrhundert.

/19/. [Gegen Kollektivsubjekte] Jedes Wir ist viele Ichs. Emanzipatorische Politik darf sich nicht an den Bedürfnissen vermeintlicher Kollektivsubjekte orientieren, deren Annahme und Normalitätsvorstellungen aufs Neue Unterdrückungsverhältnisse konstituiert. Sie muss die Umsetzung individueller Entwürfe ermöglichen und gleichzeitig gemeinsam empfundene Unterdrückungsverhältnisse benennen und angreifen. Darin besteht die Spannung und Herausforderung emanzipatorischer sozialistischer Politik.

19. [Bewegungspolitik und Parteireform] Die Vergesellschaftung von Entscheidungen muss sich in der Art unserer Organisation wiederfinden. Politische Formen, die Ausschluss produzieren, müssen überwunden werden. Autoritärer Strukturen und Haltungen, männerdominierte Politikstile, konservative Organisationsphilosophien (jeder kann mitmachen, aber wir wissen wo's langgeht) erzeugen eine kurzsichtige „Effizienz“ des Immergleichen und verunmöglichen eine breite Organisation. Wer sich organisiert, muss auch seine Organisationen gestalten können. Die verbreitete Kritik an Parteien und traditionellen Organisationsformen ist eine wichtige Ressource emanzipatorischer Politik und muss aufgegriffen werden durch Organisationsreformen, die lernen von den Erfahrungen jüngerer Bewegungsorganisationen. [PF03]

20. [Kultur und Alltag] Gesellschaft wird verändert im Zusammenspiel vielfältiger Prozesse, von denen organisierte politische Einflussnahme nur ein Teil ist. Während Politik Meinungs- und Machtverhältnisse insgesamt abbildet, werden diese durch soziale Bewegungen, soziale Kämpfe, kulturelle Bewegungen und individualisierte Bewegungen (also massenhafte Verhaltensänderungen, veränderte Kooperation im Alltag, individuelle Handlungsweisen die erst als Gesamtbild Trends, Tendenzen, Bewegungen ergeben) real verändert. Linke Politik muss daher eingebettet sein in die Gesamtheit dieser Veränderungsprozesse, von ihnen lernen, an ihnen teilhaben, in ihnen agieren. Sie muss eine Sensibilität entwickeln für die

vielfältigen „Sprachen“, in denen Gesellschaft reflektiert und Veränderung gedacht wird. Gerade eine emanzipatorische Politik, die auf progressive Hegemonie orientiert, braucht daher einen aktiven Bezug zur Kultur des Alltags und zur populären „Massen“-Kultur. [PF02]

/21./ [Bezugsräume]

Wir gehen sehend, hörend und fragend voran und suchen Wissen und Berührung mit emanzipatorischen Ansätzen und Akteuren in allen Teilen dieser Welt. Für eine Emanzipatorische Linke kommt der schematische Blick, mit dem Arme und Ausgebeutete zu den grundsätzlich „Guten“, zu Hoffnungsträger für emanzipatorische Veränderungsprozesse werden, dabei nicht mehr in Frage. Ehemalige Hoffnungsträger linker Solidaritätsbewegungen in West und Ost sind längst zu Vorreitern von Ausbeutung und Unterdrückung geworden. Gleichzeitig bilden sich vielerorts neue Phalanxen (Begrifflichkeit - zu militaristisch?) von Widerstand, neue Zellen alternativer politischer und lebensweltlicher Praxis und solidarischen Wirtschaftens. Die Kämpfe der verschiedensten emanzipatorischen Akteure gegen einen globalen Machtblock, parallelisieren sich. In den vorherrschenden krisenhaften Zeiten divergieren Interessen internationaler Finanz-, Wirtschafts- und Polit-Apparate immer mehr. Damit öffnen sich Fenster für soziale und demokratische Konzepte, für ein ganz anderes. Der Herausforderung die verschiedenen Theorie- und Praxisansätze zu vernetzen und Schnittmengen für die Vision einer (oder mehrerer) globalen emanzipatorischen zu nutzen, stellt sich linke Politik.

Für eine kosmopolitisch orientierte Linke endet der Veränderungsanspruch nicht an territorialen oder kulturellen Grenzen. Emanzipatorische Politik denkt über scheinbar naturalisierte Unterschiede und Grenzen hinaus und versucht diese einzureißen. Grenzüberschreitend arbeitende Basisbewegungen oder kleinteilige internationale Vernetzungen, die in internationalen Diskussions- und Protestveranstaltungen münden, bilden dafür die essentielle Grundlage.

Für eine emanzipatorische Linke auch in der LINKEN

21. [Partei] Mit der Partei DIE LINKE ist ein politischer Akteur entstanden, der eine Leerstelle füllt, die seit der Rechtsentwicklung von SPD und Grünen ab 1998 unerträglich geworden ist. Das ist gut, aber reicht uns nicht. Unser Ziel ist eine linke Partei, die in einem historisch neuen Maß die demokratischen und sozialistischen Ansprüche von Bewegungen und Individuen erfüllt, indem sie anders Politik macht und eine Partei ist, die tatsächlich anders ist. Dazu gehört, dass Auffassungen, Anliegen und Praxisformen einer emanzipatorischen Linken in ihr einen breiten Raum einnehmen und eine Entwicklung der Partei vermieden wird, die sie in einen Gegensatz zu einem emanzipatorisch-linken Umfeld bringt. **Die Organisierung in einer Partei halten wir für notwendig, weil sie die Möglichkeit eröffnet, die verschiedenen Befreiungskämpfe zu bündeln und gesellschaftlich relevant zusammen zu bringen.**

22. [Strömungen] Wir halten es für gut und richtig, dass sich in einer linken Partei unterschiedliche Strömungen und festere Arbeitszusammenhänge etablieren, die ihren Teil zum Meinungs- und Willensbildungsprozess beitragen und in unterschiedlicher Weise Verbindungen zu sozialen Bewegungen, sozialen Gruppen, kulturellen Milieus und linken Traditionslinien in die Partei einbringen. Dies ist Teil unserer Überzeugung, dass die wesentlichen Ressourcen einer linken Partei außerhalb von ihr liegen und dass sie nur einen Sinn hat, wenn sie sich als Teil einer breiteren Veränderungsbewegung begreift. Wir

wollen daher einen Arbeitszusammenhang für eine emanzipatorische Linke in der Partei DIE LINKE begründen. [KUD]

23. [Strömungskritik] Unabhängig von inhaltlichen Überschneidungen und Gegensätzen kann aber das Agieren der Strömungen in der Partei derzeit nicht befriedigen. In der Realität agieren die Strömungen derzeit hauptsächlich machtpolitisch. Anstatt die programmatische Debatte zu befördern und die Partei zu öffnen, konzentrieren sie sich auf den machtpolitischen Kampf um Ressourcen der Partei. Diese Art von Strömungspolitik lehnen wir ab. Wir wollen einen Arbeitszusammenhang bilden, der andere Strömungen nicht abwertet oder ausgrenzt, der demokratisch organisiert ist, der eine hohe Transparenz von Entscheidungsstrukturen gewährleistet und der hauptsächlich auf die Kernfunktionen der inhaltlichen Debatte und der Zusammenarbeit mit Bewegungen und linkem Umfeld konzentriert ist. Wir wollen eine Partei, in der man nicht zu einer Strömung gehören muss, um Einfluss nehmen zu können. Wir wollen Strömungen, die ihr eigenes Politikverständnis kritisch reflektieren und an demokratischen, sozialistischen und emanzipatorischen Ansprüchen messen, weiterentwickeln und korrigieren. [KUD]

/24./ [Schnittstelle] Für unsere Ansätze brauchen wir PartnerInnen. Eine Emanzipatorische Linke innerhalb der Linken kann sich nur als Schnittstelle verstehen zu Diskussionsansätzen in der Gesellschaft, Betroffenengruppen und Aktiven, die sich mit Lebensverhältnissen und Themen beschäftigen, die von der Partei identitär nicht erreicht und eingebunden werden können. Wir bieten die Möglichkeit der Einmischung in die Politik mit der Linken, ohne sich selbst in den Struktur- und Machtverhältnissen der Partei verorten zu müssen.

24. [Stand der Parteientwicklung] Ungeachtet beachtlicher Erfolge ist die Situation der Partei kritisch. Sie stützt sich nach wie vor mehr auf die Schwäche der SPD als auf ihre eigene Stärke. Der Beweis, dass sie mehr und anderes ist als eine linkssozialdemokratische Partei, die eine derzeit nicht funktionsfähige SPD zeitweise ersetzt, ist noch nicht erbracht. Weder programmatisch, noch in ihrem Selbstverständnis geht die LINKE derzeit über das hinaus, was zu bestimmten Zeiten auch in der SPD politische Grundlage und Orientierung war. Die radikalen Anliegen der 68er-Bewegung, der Neuen Linken, der kritischen Opposition in den realsozialistischen Staaten und den kommunistischen Parteien finden sich nur ungenügend in der programmatischen Ausrichtung der Partei. Sie erreicht nicht einmal den Standard skandinavischer Linksparteien, die sich als feministisch-sozialistische Parteien verstehen. Ihre Organisierungsfähigkeit und ihre Fähigkeit, mit Bewegungen zu kooperieren und hegemonial in der Gesellschaft zu wirken, sind bislang kaum getestet und werden allzu oft dem Tagesgeschäft von Stimmenmaximierung, Selbstmarketing und Partizipation an machtpolitischen Ressourcen untergeordnet. [PGD]

25. Wir werden die Balance finden müssen, uns in diesen Parteiprozess einzumischen, ohne uns darin aufzureiben und die Kernfunktionen zu vernachlässigen, programmatisch und aktionsorientiert Teil einer emanzipatorischen Linken zu sein, für die eine linke Partei nur ein relevanter Akteur unter vielen ist. Wir werden auch die Balance finden müssen, ein neues Projekt zu beginnen, ohne uns dadurch zusätzlich zuzukoffern und zu jenem Lebensstil beizutragen, der parteipolitische Aktivität für viele so unattraktiv macht. Wir wollen das Risiko eines solchen Versuchs eingehen. Das möchten wir gemeinsam tun. Dafür gründen wir den Arbeitszusammenhang „Emanzipatorische Linke“.

Benutzte Papiere:

F&S = Freiheit und Sozialismus – Let's make it real, Julia Bonk/Katja Kipping/Caren Lay

JB = Vorschlag für einen neuen Diskussionsbeitrag, Julia Bonk

KUD = Raus aus der Diaspora, Kommando Underdog, Lena/Laszlo/Kolja/Dominik

PF03 = Redaktionsthesen Prager Frühling zu Demokratie und Herrschaft

PF02= Redaktionsthesen Prager Frühling zu Progressiver Hegemonie

GK = 20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus, Tazio Mueller/Alexis Passadakis

PGD = The Piper at the Gates of Dawn, Situation und Kritik der Partei DIE LINKE, Stefan Janson/Marcus Havel/Gregor Kritidis

Unsortierte Anmerkungen

Struktur/ Organisation:

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich Emali eine Struktur geben will, mit der Transparenz und damit die Möglichkeit geschaffen wird, sich verstärkt einzubringen. Aus der bisher praktizierten Netzwerk-(nicht-)Organisations-Methode ergibt sich eben auch Exklusivität und Nicht-Kontinuität. Emali hängt damit an einzelnen Akteuren und Kommunikations-Beziehungen. Dies errichtet für Interessierte hohe Barrieren mitzutun.

Der ursprüngliche Anspruch sich nicht als Strömung konstituieren zu wollen muss leider angesichts des Status quo der Partei DIE LINKE unter die Räder kommen. Die zunehmende Segmentierung der LINKEN zeigte sich zuletzt und in erschreckendem Maße bei der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Europawahlliste. Die politische Kultur, aber auch ein inhaltliches Diktum sich zu xy zu bekennen oder aber ausgegrenzt zu werden, zeichnete ein bedenkliches Bild des Zustandes der Partei. Pluralismus und kulturvolle Diskussionsfreudigkeit werden zwischen machtvollen Polen /Strömungen/ zerrieben. Jenseits dessen zeigt die Ex-PDS, dass sie eindimensionalen, verbalradikalen Einwüfen nichts entgegenzusetzen vermag/ sich nicht traut?

Diese von einem relativ äußerlichen point of view wahrgenommen Tendenzen, reden einer sich stärker aufstellenden Plattform zwischen den Polen das Wort. Das unübersehbare, aber auch unlösbare (alternativlose) Problem liegt darin, dass emanzipatorische linke Politik, die den Veränderungsanspruch zuerst auch an sich selbst (die eigene Methodik, Praxis) stellt im Machtapparat Partei beinahe zu Scheitern verurteilt ist, bedient sie sich nicht auch gängiger, machtorientierter Praxen, wozu hier auch die explizite Konstituierung als Strömung in DER LINKEN gezählt wird. Im Gegensatz zu den bestehenden Strömungen sollte Emali vor allem Arbeitszusammenhang, eine emanzipatorische Ideen- und Methoden-Werkstatt - und nicht in erster Linie dem Zugehörigkeitsgefühl zu einem machtpolitischen Struktur, der Abgrenzung zu anderen und dem Mittun im Kampf der existenten Strömungen miteinander dienen sollte.

Unabdingbar scheint, dass sich Emali dezentralisiert, ohne dass ein Prozess des laissez-faire einzieht. Sprich es muss einen inhaltlichen und methodischen Grundkonsens geben, der sich nichts desto permanent weiterentwickelt und im Rahmen einer gemeinsamen, zentralen Plattform diskutiert wird. Konkreter Vorschlag dazu: Gründung von regionalen/ lokalen-Emali-Kreisen (?)

Netzwerke:

Emali stellt ein wichtiges Bindeglied in parteiunabhängige Milieus dar. Insbesondere Debatten der undogmatischen radikalen Linken können über Emali in die Partei eingespeist werden. Das Bedingungslose Grundeinkommen und die „Israel“-Debatte/ Fragen des Internationalismus

stehen hierfür exemplarisch. Dieser wichtige Konnex zu außerparlamentarischen Milieus/ Diskussions- und Praxiszusammenhängen ist ein Pfund und sollte großes Gewicht behalten. Dies darzustellen und die Einbindung zu befördern sollten wir über einen weiteren inhaltlichen Höhepunkt, einen Kongress o.ä., nach den Wahlen nachdenken.

Transformation - Ausstehende begriffliche Schärfung:

Wir sind der Meinung, dass wir den Begriff der Transformation (hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft) weiter schärfen müssen. Uns eint die Ablehnung der Dualität Revolution vs. Reform, wie auch die strategischen Ansätze, die Eindimensionalität der beiden (zugespitzt gedachten) Pole. Aber wie definieren *wir* Transformation positiv, wie können Transformationsprozesse plastisch aussehen? Was ergibt sich darauf für eine Position in Bezug auf Regierungsbeteiligungen unter den (zum Zeitpunkt der Fragestellung) bestehenden Machtkonstellationen? Wie bringen wir das Mitspielen im System mit dem systemüberwindenden Anspruch überein? Wir regen an, diese Frage(n) in den folgenden Debatten ins Zentrum zu rücken.

Einzelne Anmerkungen aus dem RezipientInnenkreis

- absatz 2., letzter satz, "männliche sozialblindheit", sozialblindheit ist in dem kontext "leitwolf- und chefgehabe" meineserachtens nicht an geschlechtern festzumachen

- absatz 2., letzter satz, "dabei wirken benennbare gegner, wie die internationalen ...", wenn sie benennbar sind, da sollen sie doch genannt werden

- absatz 4., letzter satz, "von vielen akteuren der befreiung" bitte gendern

- absatz 11., letzter satz, "ohne ressourcenzugang produktiv zu gestalten", wieso "produktiv"?